

23. August 2006
09: 45

Rauch-Kallat dementiert Millionen-Loch in der Krankenkasse

Weiterlesen

Gesundheitsministerin rechnet mit ausgeglichenem Ergebnis 2006 - Trotz 5 Prozent höherer Medikamentenkosten

Alpbach/Wien - Zwischen der Sozialversicherung und Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat (V) ist im Wahlkampf eine Debatte über die Ergebnisentwicklung im heurigen Jahr ausgebrochen. Wie die "Presse" am Dienstag berichtete, gehen die 21 Krankenkassen auf Basis der Halbjahresergebnisse für heuer insgesamt von einem Abgang von 154 Mio. Euro aus. Rauch-Kallat kann diese Zahlen nicht nachvollziehen. Sie sei "sehr zuversichtlich, dass am Ende des Jahres wieder ein im Großen und Ganzen ausgeglichenes Ergebnis herauskommen wird".

Die Krankenkassen hätten "die Einnahmen bewusst niedrig und die Ausgaben bewusst höher angesetzt". Die Prognosen hätten bisher "nie mit dem Endergebnis zusammengestimmt", sagte die Ministerin Dienstagabend bei einer Pressekonferenz am Rande der Reformgespräche am Europäischen

Mehr zum Thema

gehen

Durch Bewegung fit, vital und schlank werden.

Diabetes

Erfolgreich und gesund schlank werden

bezahlte Einschaltungen

Forum Alpbach. Für 2005 sei die erste Schätzung bei minus 357 Mio. Euro gelegen. Selbst in ihrem im Februar dieses Jahres publizierten vorläufigen Ergebnis sei die Sozialversicherung für das Vorjahr noch von einem Verlust ausgegangen. Das Endergebnis sei aber schließlich bei plus 20,7 Mio. Euro gelegen.

Weiter Handlungsbedarf

Nach ihrer Rechnung gibt es zwar bei den Gebietskrankenkassen weiter einen Handlungsbedarf, die Bundeskassen würden aber einen leichten Überschuss ausweisen, der die Verluste der Gebietskrankenkassen abdecke. Bisher habe sie geglaubt, dass die Annahmen auf kaufmännischer Vorsicht beruht hätten. "Mittlerweile stelle ich mir aber die Frage, ob das so ist, oder ob da andere Gründe dahinter stecken", sagte Rauch-Kallat. Über die Hintergründe spekulieren wollte sie aber nicht: "Ob es hier andere Hintergründe gibt, muss man die Betroffenen fragen. Ich kommentiere das in (Wahlkampf-)Zeiten wie diesen nicht", so Rauch-Kallat.

Rückendeckung bekommt die Ministerin von der Pharmaindustrie. Der Präsident der Forschenden Pharmazeutischen Industrie (FOPI), **Boudewijn van Bochove**, erklärte zwar, dass die Kosten für Heilmittel heuer bis dato um 5 Prozent gestiegen seien. Aussagen des Hauptverbandes, wonach sich die Medikamentenkosten unerwartet deutlich um 8,5 Prozent verteuert hätten, kann er aber ebenfalls nicht nachvollziehen. Außerdem sei die Steigerung nicht überraschend, zumal auf Grund der geänderten Chefarztpflicht die Medikamentenausgaben 2005 stagniert hätten. Über die Jahre gerechnet bewege sich die Steigerung, die in erster Linie auf den erhöhten Medikamentenbedarf und nicht auf höhere Preise zurückzuführen sei, im angepeilten Durchschnitt von 3 bis 4 Prozent, erklärten die Ministerin und Van Bochove einhellig.

Um die Lage dennoch zu entspannen, verlangte der Pharmalobbyist am Dienstag eine Senkung der Mehrwertsteuer für Medikamente von 20 auf 10 Prozent. Auch der Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse, **Franz Bittner** (S), zeigte dafür in Alpbach Verständnis.

Hätte die Kasse nicht so strikte Vorgaben, würde sie ihre Medikamente im Ausland einkaufen, sagte er sinngemäß in einem Arbeitskreis. Nach Schätzungen der FOPI würde die Mehrwertsteuerreduktion etwa 175 Mio. Euro kosten. Rauch-Kallat meinte dazu nur knapp, dies sei Sache des Finanzministers, der die Forderung bisher stets abgelehnt habe. Ihre Wünsche teile sie dem Finanzminister nicht über die Medien mit.

Senkung

Die Forderung von Sozialministerin Ursula Haubner nach einem zusätzlichen 1.000 Euro-Pflege-Scheck anstelle einer Legalisierung der illegalen 40.000 ausländischen Pfleger in diesem Land wollte Rauch-Kallat vorerst nicht kommentieren. Die von Wirtschaftsminister Martin Bartstein vorgeschlagene Senkung der Einkommensschwelle für legal in Österreich arbeitende ausländische Pfleger von 1.500 auf 1.200 Euro verteidigte die Ministerin aber. Die einstige Schwelle sei für diplomierte Pflegedienste vorgesehen gewesen. Tatsächlich arbeite der Großteil der 40.000 Betroffenen nicht in den Krankenpflege sondern in der Altenbetreuung.

In einer nächste Legislaturperiode bis 2010 will die Gesundheitsministerin die Zahl der Herz-Kreislauf -Toten unter 65 Jahren um 20 Prozent, die Zahl der Krebs-Toten um 7 Prozent, die Zahl der Diabetes-Schäden vor allem durch den Kampf gegen Übergewicht um ein Drittel und auch die Zahl der Umfälle um weitere 25 Prozent senken. Deutlich reduzieren will die Ministerin außerdem den Tabak- und Alkoholkonsum. Und auch bei den übertragbaren Krankheiten, im der Vorbeugung gegen Depressionen und bei der Zahngesundheit soll sich die Situation weiter verbessern, so die Ziele. (APA)



In diesem Forum gibt es 5 Postings

flint stone [antworten](#)
23.08.2006 14:22 [bewerten](#) [melden](#)

nicht nachvollziehbar..

Vielleicht sollte Fr. Minister beim HVB genauer nachfragen. Da könnte man sie darauf hinweisen, dass die ASVG Träger (also keine Beamten, Gewerbetreibenden, Bauern, Eisenbahner teilweise) 2005 ein DEFIZIT von 116 Mio. Euro hatten und das nachdem von der AUVA 100 Mio. "umgeleitet" worden waren! Also insgesamt 216 Mio Euro und bei einer Bilanzsumme von über 8 Mrd. Euro um 1 - 2% zu vorsichtig zu kalkulieren, erscheint kaufmännisch doch gerechtfertigt. Aber Frau Minister kann ja weiter in ihrer Scheinwelt leben. Es gibt ja auch keinen Pflegenotstand

Ing. Rambo Einfältig [antworten](#)
23.08.2006 13:31  [2] [bewerten](#) [melden](#)

Ja die Medikamentenkosten! Eine Folge der viel zu hohen Lohnnebenkosten!

Gerade wenn so viele Generika verschrieben werden, noch dazu aus dem Hause Bartenstein, müsste man meinen, dass ein Rückgang der Ausgaben für Medikamente plausibel wäre. Mitnichten, weil die roten Gewerkschafter unersättlich sind! Bei so vielen Arbeitsplätzen, wie die Häuser Bartenstein in Österreich geschaffen haben, müsste doch eine Subvention analog der Häuser Magna möglich sein. In Österreich lässt sich kein Gewinn in der Pharmabranche erzielen. In Belgien, Holland und auf den Kanalinseln ist das ganz anders. Da sind die Lohnnebenkosten auf einem erträglichen Niveau. Briefkästen verursachen eben kalkulierbare Sozialausgaben. Alle Einsparungsmaßnahmen wurden bei Bartensteins schon getroffen, aber es reicht noch immer nicht für Gewinne.

ein arzt [antworten](#)

23.08.2006 13:17

[bewerten](#) [melden](#)

Sehr löblich, Fr. Minister!

Da hat sich die Fr. Minister ein schönes Ziel vorgenommen. Aber was machen wir, wenn trotz guten Zuredens unsere Patienten nicht gesünder leben wollen, nicht Gewicht abnehmen, fettarm essen, sporteln usw? Dann werden wir eben mehr Medikamente zum Blutdruck, Cholesterin und Zucker senken verschreiben müssen! Und dann wird sich der Sprecher des Hauptverbandes wieder um den, zumindest für ihn, unerklärlichen Zuwachs an Verschreibungen obiger Medikamente wundern! Und gabs nicht vor kurzem laut SV's auch einen unerklärlichen Zuwachs an arbeitsunfähigen Depressiven?

Ing. Rambo Einfältig

23.08.2006 14:28

[antworten](#)
[bewerten](#) [melden](#)

Re: Sehr löblich, Fr. Minister!

Ich hoffe, sie wollen uns mit ihrem letzten Satz nicht

zur Kenntnis bringen, dass in ihren Augen Depressive gleich Tachinierer sind. Und ich hoffe auch, dass, sollte doch etwas "mitschwingen", auch bei "kleinen Allgemeinärzten" irgendwann ein Umdenken stattfinden wird. Bei Rückenproblemen zur Massage, bei Schlafstörungen ein zusätzliches Bierchen oder Achterl bei den Kameraden der Feuerwehr, oder im Goldhaubenverein und wenn das auch nicht hilft - in die Obhut der Sozialhilfe oder in die Pension. Letzteres wird von fast allen Österreichern angestrebt. Das traue ich mir sogar ohne Ullram, Beutelmayer und Konsorten zu behaupten. Obwohl alles so fürchterlich schön ist, in der Leistungsgesellschaft, die eben diejenigen von derselben enausschließt, die kein Medizinstudium, Jus.....

~Toon~

23.08.2006 13:12

[1]

[antworten](#)
[bewerten](#) [melden](#)

Dementi Der ÖVP.....

.....was anderes war ja nach der Umfärbung nicht zu erwarten, von wegen Wirtschaften.



Die Kommentare von Usern und Userinnen geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Kommentare, welche straf- oder zivilrechtliche Normen verletzen, den guten Sitten widersprechen oder sonst dem Ansehen des Mediums zuwiderlaufen, zu entfernen. Der/Die Benutzer/in kann diesfalls keine Ansprüche stellen. Weiters behält sich die Bronner Online AG vor, Schadenersatzansprüche geltend zu machen und strafrechtlich relevante Tatbestände zur Anzeige zu bringen.